

10.1 Vertragsgrundlagen

Bei Widersprüchen im Vertrag gelten nacheinander:

- a) der Auftrag (wobei das bezuschlagte Angebot nachrangig zur Leistungsbeschreibung gilt¹)
- b) die Leistungsbeschreibung
- c) die „Besonderen Vertragsbedingungen“ einschließlich der „Weiteren besonderen Vertragsbedingungen“
- d) die VOB/B und C in der gültigen Fassung zum Angebotsabgabetermin

10.2 Unklarheiten in den Planungsunterlagen

Es ist Sache des Auftragnehmers (AN), sich vor der Ausführung der Arbeiten von der Vollständigkeit und der Übereinstimmung der Planungsunterlagen zu überzeugen. Bei Unstimmigkeiten ist zur Klärung unmittelbar die örtliche Bauleitung zu unterrichten. Fehler in der Ausführung können nicht mit Unklarheiten oder Unvollständigkeit entschuldigt werden. Ergeben sich auf der Baustelle Unstimmigkeiten zwischen Planung und Bauausführung, so ist die örtliche Bauleitung unverzüglich zu unterrichten.

10.3 Zustand der Baustelle

Vor der Abgabe seines Angebotes hat sich der Bieter vom Zustand der Baustelle zu überzeugen und über die die Preise beeinflussenden Hindernisse und Umstände sowie über die Versorgungsmöglichkeiten (zum Beispiel Wasser und Strom) zu unterrichten.

10.4 Nachtragsangebote

Werden im Vertrag gemäß § 2 VOB/B vorgesehene Leistungen geändert oder nicht im Vertrag enthaltene Leistungen gefordert, so ist der AN verpflichtet, den Nachtragsangeboten eine prüffähige Kalkulation beizufügen. Erst nach schriftlicher Bestätigung durch den (Auftraggeber (AG) können diese Leistungen realisiert und vergütet werden. Beginnt der AN bereits vor der schriftlichen Einigung über den Nachtragspreis, geschieht dies auf sein Risiko. Bei der Kalkulation von Nachtragspreisen ist stets von der Kalkulation analoger Leistungen des Hauptangebotes auszugehen, wobei die zusätzlichen Erschwernisse beziehungsweise Erleichterungen nach Möglichkeit als Zuschlagspreis beziehungsweise Preisminderung zu betreffenden Hauptpositionen ermittelt werden sollen. Soweit – bei Ausschreibung mehrerer Lose – in einem Abschnitt zusätzliche Leistungen anfallen, für die lediglich in einem anderen Abschnitt Angebotspreise vorliegen, wird bei der Vergütung dieser Leistung auf die vorhandenen Angebotspreise in anderen Abschnitten Bezug genommen, sofern es sich um ein und denselben AN handelt.

¹ gilt nur bei Funktionalausschreibungen

10.5 Stundenlohnarbeiten

Stundenlohnarbeiten dürfen nur nach vorheriger Anordnung des AG ausgeführt werden. Nachweise hierüber sind in Form von Tageslohnzetteln unverzüglich, spätestens jedoch zum nächsten Baustellenbesuch der Bauoberleitung der Bauüberwachung vorzulegen. Verspätet vorgelegte Stundenlohnzetteln werden nachträglich nicht anerkannt. Durch die Unterschrift der Bauüberwachung werden lediglich die tatsächliche Ausführung, die darauf angewandte Zeit und der Baustoffverbrauch bescheinigt. Die Prüfung der Berechtigung einer besonderen Vergütung bleibt vorbehalten. Polierstunden werden bei Tageslohnarbeiten, die nicht gleichzeitig mit Vertragsarbeiten ausgeführt werden, nur dann vergütet, wenn die Arbeiten den Einsatz eines Poliers unbedingt erforderlich machen. Lohnzulagen (Wege-, Fahrgelder, Auslösung und dergleichen) werden nicht zusätzlich vergütet.

10.6 Baubeginn

In der Regel erfolgt eine besondere Bauanlaufberatung. Der Termin der Bauanlaufberatung ist nicht identisch mit dem vertraglichen Baubeginn. Der vertragsrechtliche Baubeginn erfolgt gemäß den getroffenen Festlegungen im Vertrag. In der Bauanlaufberatung werden unter anderem die speziellen Partner benannt, Verantwortlichkeiten aufgezeigt sowie Fragen zum direkten Bauan- und -ablauf geklärt.

10.7 Baufristenplan/Bauablaufplan

Der AN hat einen Baufristenplan/Bauablaufplan über seine vertraglichen Leistungen zu erstellen, anhand dessen die Einhaltung der Vertragsfristen nachgewiesen und überwacht werden kann. Der Plan ist dem AG spätestens 18 Werktage nach Auftragserteilung in dreifacher Ausfertigung zu übergeben. Bei Änderungen der Vertragsfristen ist der Plan unverzüglich zu überarbeiten.

10.8 Baustelleneinrichtung

Der AN hat dem AG vor Baubeginn einen Baustelleneinrichtungsplan vorzulegen.

10.9 Bauwasser

Bauwasser stellt der AG unentgeltlich für die Leitungsbefüllung zur Verfügung (aus bestehender Leitung DN 600). Weitere Bauwasserabgaben können an/ in Absperr-/ Übergabeschächten erfolgen, aber direkte Anschlussmöglichkeiten für eine einfache und direkte Entnahme gibt es in den Bauwerken keine. Der AG stellt nur das in der bestehenden FWL 1a fließende Trinkwasser zur Verfügung; die Anschluss-, Entnahme- und ggf. Zähleinrichtungen sind durch den AN in Abstimmung mit dem AG (Betrieb und Projektleitung) selbst herzustellen und zu installieren. Sollte für die Installation eine Außerbetriebnahme der FWL 1a notwendig sein, so ist der Anschluss nicht möglich. Die Hygienebestimmungen im Trinkwasserbereich und die Vorgaben des AG sind zwingend zu beachten, so sind u.a. Rückflussverhinderer, Absperrrichtungen und Anschlüsse für die Entnahme zu installieren. Für alle weiteren Bauwasseranschlüsse gilt, dass der AN selbst für Beantragung, Umsetzung und Rückbau des Anschlusses zuständig ist. Der Verbrauch ist zu messen und vom AN an das zuständige Versorgungsunternehmen zu entrichten.

10.10 Baustrom

Die Baustromversorgung hat der AN durch den örtlichen Netzbetreiber abzusichern, eine Bereitstellung durch den AG erfolgt grundsätzlich nicht.

10.11 Arbeitsflächen

Lager- und Arbeitsflächen an der Baustelle werden soweit unentgeltlich zur Verfügung gestellt, als sie sich im Besitz des AG befinden und von diesem selbst nicht gebraucht werden. Sollte darüber hinaus für den Betrieb der Baustelle die Benutzung von Privatflächen erforderlich sein, so kann der AN mit den Besitzern diesbezüglich verhandeln. Alle hierdurch entstehenden Kosten beziehungsweise Entschädigungen hat der AN selbst zu zahlen. Im Baubereich eventuell befindliche Grenzsteine sind vor Arbeitsbeginn in der Örtlichkeit gemeinsam festzustellen. Die Sicherung der vorhandenen Grenzpunkte obliegt grundsätzlich dem AN. Etwa notwendig werdende Grenzwiederherstellungen infolge unsachgemäßer Arbeitsweise erfolgen zu Lasten des AN.

10.12 Verkehrssicherheiten

Sämtliche für die Verkehrssicherheit erforderlichen Maßnahmen sind nach den verkehrspolizeilichen Vorschriften während der Bauarbeiten und auch bei Arbeitsunterbrechungen vorzunehmen. Insbesondere sind verkehrssichere Übergänge beziehungsweise Überfahrten für den Anliegerverkehr der Baustelle zu schaffen und zu unterhalten. Bei Inanspruchnahme der Fahrbahn durch Arbeiten des AN ist für die Aufstellung eines Verkehrspostens zur Regelung und Sicherung des Verkehrs zu sorgen, Verkehrsumleitungen hat der AN im Einvernehmen mit der zuständigen Polizei und Straßenverwaltung durchzuführen. Nach Auftragserhalt hat der AN hinsichtlich der Verkehrssicherung mit den zuständigen Ämtern Kontakt aufzunehmen.

10.13 Grabegenehmigung im Verkehrsraum

Für die Erteilung der Grabegenehmigung ist der Bauablaufplan und ein vom Amt für Verkehrswesen bestätigter Auftrag auf Anordnung verkehrsregelnder Maßnahmen nach § 45 StVO (Verkehrsführungsplan) erforderlich. Die Einholung dieses bestätigten Antrages obliegt dem AN.

10.14 Fremdleitungen

Über die Lage der die Leitungstrasse beziehungsweise Rohrgräben kreuzenden beziehungsweise berührenden Fremdleitungen, wie zum Beispiel Versorgungs- und Entsorgungsleitungen oder Elektro- oder Fernmeldekabel, hat sich der AN selbst bei den Eigentümern beziehungsweise Betreibern genauestens durch Einholung einer Grabegenehmigung zu unterrichten. Die in den Entwurfsplänen aufgezeigten Leitungsberührungs- beziehungsweise Kreuzungspunkte erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Angabe der genauen Lage, sie sollen dem AN nur zusätzlich helfende Hinweise geben. Für Schäden, die aus Nichtbeachtung der vorgenannten Regelung entstehen, haftet der AN bei Verschulden.

10.15 Zufahrtswege

Die Einholung der Benutzererlaubnis für das Befahren von klassifizierten Straßen, von nicht klassifizierten Straßen, Feld- und anderen Wegen im Baugebiet ist Sache des AN.

10.16 Grenzsteine

Grenzsteine, die vom AN während der Bauarbeiten aufgenommen oder beschädigt werden, sind ohne besondere Vergütung katasteramtlich einzumessen und neu aufzustellen. Vergleiche hierzu die entsprechende LV-Position.

10.17 Sicherung des Bewuchses an Straßen

Der Bewuchs an den Straßen ist zu schonen. Bäume und Sträucher dürfen nicht mit Aushub zugeeckt werden. Schnittstellen von Wurzeln sind mit Baumwachs zu bestreichen. Tragende Wurzeln sind zu erhalten und so abzufangen, dass die Standsicherheit der Bepflanzung gewahrt bleibt. Ist dies nicht möglich, darf die Bepflanzung nur mit Einverständnis des Eigentümers entfernt werden. Wurzelstöcke sind zu beseitigen. Wurzellöcher sind den straßenbaulichen Anforderungen entsprechend fachgerecht zu verfüllen.

10.18 Sicherungspflicht und Haftung des Auftragnehmers

Der AN hat alle zur Sicherung der Baustelle erforderlichen Maßnahmen unter voller eigener Verantwortung zu ergreifen und durchzuführen. Der AN haftet für sämtliche aus der Unterlassung solcher Maßnahmen dem AG erwachsenden unmittelbaren Schäden und verpflichtet sich, den AG von allen gegen diese erhobenen Ansprüche in vollem Umfang freizustellen. Der AG hat im Verhältnis zu dem AN keinerlei eigene Sicherungspflicht, auch nicht im Hinblick auf die andere vorbehaltene Bauleitung beziehungsweise Bauoberleitung.

Zu den zur Sicherung der Baustelle erforderlichen Maßnahmen gehören auch die Beachtung der geltenden bau- und gewerbeaufsichtlichen sowie der gesundheitsaufsichtlichen Bestimmungen und Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften. Der AN bleibt allein verantwortlich und ist allein für alle Schäden, die sich aus Zuwiderhandeln oder aus Nichtbeachtung der genannten Vorschriften und Bestimmungen ergeben, haftbar. Der AN hat seine Arbeiten und sein Material vor Diebstahl, Beschädigungen oder sonstigen Ereignissen, wie Frost, Starkregen, Überschwemmungen, soweit sie vorhersehbar waren usw. selbst zu schützen. Der AN hat sich ausreichend gegen alle vorkommenden Schäden zu versichern und versichert zu halten. Die Police ist im Falle der Auftragserteilung vorzulegen.

10.19 Einsatz von geeigneten Geräten

Es dürfen in landwirtschaftlichen Flächen nur geeignete Baugeräte verwendet werden, um unter anderem Beschädigungen an vorhandenen Dränagen oder Ähnliches sowie in der Bodenstruktur zu vermeiden.

10.20 Materialien

Die zum Einbau gelangenden Baumaterialien sind fachgerecht zu lagern und so rechtzeitig anzuliefern, dass vor dem Einbau eine visuelle Kontrolle durch die Bauleitung möglich ist.

10.21 Winterbau

Der AN hat die von ihm ausgeführten Leistungen und die von ihm freigelegten Leitungen und Kabel vor Winterschäden zu schützen. Die Baudurchführung im Winterbau ist nach den anerkannten Regeln für Bauleistungen fachgerecht durchzuführen (zum Beispiel keinen gefrorenen Erdstoffeinbau). Vergleiche hierzu die entsprechende LV-Position.

10.22 Schlechtwettertage

Anerkannte Schlechtwettertage sind einvernehmlich mit dem AG innerhalb des noch festzusetzenden Bauzeitenplanes auszugleichen. Der AN ist verpflichtet, durch Schlechtwettertage eingetretene Verzögerungen durch verstärkten Personaleinsatz auszugleichen.

10.23 Bautagesberichte

Der AN ist verpflichtet, Bautagesberichte zu führen und davon dem AG beziehungsweise der Bauleitung eine Durchschrift/Kopie zu übergeben. Das Bautagebuch ist auf der Baustelle, der Bauleitung zugänglich, zu verwahren. Die Richtlinien für die Führung des Bautagebuches – letzte Seite desselben – sind zu beachten.

Die Bautagesberichte müssen die Aufgaben enthalten, die für die Ausführung oder Abrechnung des Vertrages von Bedeutung sein können, zum Beispiel über Wetter, Temperaturen, Zahl, Art und Namen der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte, Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte, den wesentlichen Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfangs, Betonierzeiten oder gleichwertig), besondere Abnahmen nach § 12 Absatz 2 VOB/B, Unterbrechung der Ausführung einschließlich kürzerer Unterbrechungen der Arbeitszeit mit Angaben der Gründe, Unfälle, Behinderung und sonstigen Vorkommnisse.

Des Weiteren ist festzustellen, an welchen Tagen, welche Arbeit an welcher Stelle durchgeführt wird, so dass der Arbeitsablauf nachvollziehbar ist. Alle mündlichen Vereinbarungen sind darin festzuhalten. Unterlässt der AN dies, gehen daraus entstehende Nachteile zu seinen Lasten.

10.24 Ablauf und Verantwortlichkeiten für Inbetriebnahmen von Anlagen

Sämtliche besondere Leistungen und Verantwortlichkeiten für die Erfüllung nachgenannter Anforderungen sind dem jeweiligen Leistungsverzeichnis zu entnehmen.

- Los 1: Rodungsarbeiten
- Los 2: Bau und Technologie
- Los 3.1.- EMSR-Ausrüstung
- Los 3.2 - Kabelverlegearbeiten
- Los 4: Katodischer Korrosionsschutz
- Los 5: Prozessleittechnik
- Los 6: Ausgleichsmaßnahmen

10.24 a Funktionstests

Der Funktionstest ohne Medium setzt die abgeschlossenen Montageleistungen voraus. Er beinhaltet die detaillierte technische Prüfung der errichteten Anlagen auf Erfüllung des Leistungsumfanges gemäß Leistungsverzeichnis und wird vom Errichter selbst für sein Los intern durchgeführt und in vom Ingenieurbüro des jeweiligen Loses vorgegebenen Funktionstestprotokollen dokumentiert. Für Los 3 beinhaltet der Funktionstest die anlagenbezogene Parametrierung der Messtechnik und installierten Messtechnik und die vollständige Überprüfung aller Hard- und Softwaresteuerungen von elektrischen Anlagen einschließlich aller binären und analogen Prozessgrößen bis zur Schnittstelle Los 4 Prozessleittechnik (TWA = Eingangsbaugruppen AS/SPS, FERNLEITUNGEN = FEP + TIM + Telegramm-Steckbriefe). Messungen I- und Binärmeldungen, die normalerweise das Vorhandensein des Mediums voraussetzen, sind über die Messaufnehmer/-umformer integrierte Simulationsmodi beziehungsweise hardwaretechnisch am Messaufnehmer/Sensor zu bilden. Bei Aggregaten, die das Vorhandensein des Mediums voraussetzen, wie Pumpen, ist der Funktionstest nur steuerungstechnisch ohne Leistungssicherung durchzuführen. Für Los 4 beinhaltet der Funktionstest die vollständige Überprüfung des Datenaustausches vom Automatisierungsgerät (TWA) oder vom FEP + TIM (FERNLEITUNGEN) bis in das Bedien- und Beobachtungssystem (OS) mit seinen umfangreichen Funktionalitäten. Der erfolgreiche Abschluss der Tests und die vollständige Funktion der errichteten Anlage und damit die Betriebsbereitschaft sind dem Planer des jeweiligen Loses und dem AG zu melden (Vorlage vollständig ausgefüllter Funktionstestprotokolle).

10.24 b Datenpunkttests

Nach erfolgreichen Funktionstests und der Meldung der Betriebsbereitschaft werden unter Verantwortung des Loses 5 zwischen Los 3.1 und Los 5 Datenpunkttests ohne Medium durchgeführt (Erzeugung der Signale und Tests der Befehlsgaben – siehe Punkt Funktionstests). Hierzu erstellt das Los 5 einen Ablaufplan und protokolliert die Durchführung der Tests. Das Ingenieurbüro Los 3.1 (für EMSR) und

Los 5 (für Teil Prozessleittechnik) erstellt dazu die entsprechenden Datenpunkttestlisten, überwacht die vollständige Prüfung und Dokumentation in den Listen und zeichnet die Protokolle gegen. Der AG (Betrieb) wird über die Durchführung der Datenpunkttests informiert und eine Mitwirkungsmöglichkeit eingeräumt. Der vom Los 5 erstellte Ablaufplan pro Anlagenteil ist vor Datenpunkttestbeginn durch das Ingenieurbüro Los 2 in Bezug auf technische Zwänge zu prüfen.

10.24 c Schaffung der Voraussetzungen zur Inbetriebnahme

Rohrleitungen und wassertechnische Anlagen sind vor der ersten Inbetriebnahme durch das Los 2 einer Druckprüfung zu unterziehen, zu spülen und zu desinfizieren (Nachweis der bakteriologischen Keimfreiheit und Genehmigung durch das zuständige Gesundheitsamt). Die Realisierung von erforderlichen Anschlüssen an vorhandene Druckrohrleitungen beziehungsweise sich in Betrieb befindliche Anlagen sind mit dem AG vor Ausführung terminlich abzustimmen. Hierzu übergibt der AN Los 2 vier Wochen vor dem geplanten Umbindetermin einen detaillierten Ablaufplan, der die in der LV-Position aufgeführte Nettobauzeit nicht überschreitet. Der Planer Los 2 erstellt in Zusammenarbeit mit dem Planer der Lose 3.1, 3.2, 4 und 5 eine vorläufige Betriebs- und Bedienungsanleitung mit nachfolgenden Mindestanforderungen:

Darstellung der wesentlichen Funktionen der rohrentechnischen Ausrüstung:

R + I-Schema

Auflistung aller sicherheitsrelevanten Vorgänge Lose 2, 3.1 und 5

Auszüge Pflichtenheft Lose 3.1 und 5

Prozessbilder Leittechnik

Auflistung aller Grenzwerte

10.24 d Inbetriebnahme

Die Inbetriebnahme wird als komplexe Inbetriebnahme mit Netzabgabe durchgeführt und in Verantwortung des Loses 2 erfolgt gemeinsam mit den Losen 3.1, 3.2, 4 und 5 unter Mitwirkung des AGs und der Planer der oben angeführten Lose nach einem vom Los 2 erstellten Inbetriebnahmeplan. Der Inbetriebnahmeplan wird auf Grundlage des den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Planvorschlages erstellt und hat neben dem Ablauf des Anfahrbetriebes alle Mindestanforderungen an mögliche Betriebszustände, die während der Inbetriebnahme zu testen sind sowie deren Abhängigkeiten und Zusammenwirken der einzelnen Lose untereinander zu enthalten. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass zu Beginn der Inbetriebnahme die noch fehlenden EMSR-seitigen Inbetriebnahmen, siehe Punkt Funktionstests, inklusive Kalibrierungen von Messgeräten durchzuführen sind. Entsprechende für die Erstellung des Inbetriebnahmeplanes erforderliche Zuarbeiten werden vom/von Inbetriebnahme-Ingenieur*in Los 2 von den AN der Lose 3.1, 3.2, 4 und 5 abgefordert. Vor Beginn der Inbetriebnahme ist die Bildung einer Anfahrgruppe erforderlich.

Mitglieder der Anfahrgruppe:

- Inbetriebnahme-Ingenieur*in Los 2
- Auftragnehmer und Ingenieurbüro Los 2 (Rufbereitschaft)
- Auftragnehmer Lose 2, 3.1,3.2,4 und 5
- Ingenieurbüro Lose 2, 3.1,3.2,4 und 5
- und Auftraggeber

Die Inbetriebnahme wird unter Leitung Los 2 durchgeführt und protokolliert. Das Planungsbüro Los 2 zeichnet die Protokolle gegen. Treten Mängel auf, sind diese sofort von dem AN des betroffenen Loses zu beheben. Die Zeit für die Mängelbeseitigung zählt dann nicht als Ausfallzeit, wenn die Anlage ihrer Aufgabe gemäß in Betrieb bleiben kann.

10.24 e Leistungsfahrt

Nach erfolgreicher komplexer Inbetriebnahme erfolgt unter Leitung des Inbetriebnahme-Ingenieurs/der Inbetriebnahme-Ingenieur*in Los 2 und Mitwirkung der Lose 3.1, 4 und 5, der Planer und des Betriebes im Rahmen der Leistungsfahrt der Nachweis der Plansoll- beziehungsweise Garantiewerte der errichteten Anlage über den im Leistungsverzeichnis (LV) LV-Position 3.014.250 festgelegten Zeitraum. Die Protokollierung erfolgt durch den/die Inbetriebnahme-Ingenieur*in Los 2 und ist von dem Ingenieurbüro Los 2 zu bestätigen. Treten Mängel auf, sind diese sofort von dem AN des betroffenen Loses zu beheben. Die Zeit der Mängelbeseitigung zählt dann nicht als Ausfallzeit, wenn die Anlage ihrer Aufgabe gemäß in Betrieb bleiben kann. Der AN Los 2 ist während der Leistungsfahrt in Rufbereitschaft.

Bei speziellen Anlagen muss auf die Leistungsfahrt verzichtet werden. In diesem Fall wird die Leistungsfahrt im Rahmen des Probetriebes durchgeführt. Zu dieser Regelung erklärt sich der AG im Rahmen des Leistungsverzeichnisses für das Vorhaben bereit.

10.24 f 1 Ingebrauchnahme der errichteten Anlage vor förmlicher Abnahme zum Zweck der Durchführung des Probetriebes

Nach der erfolgreichen Leistungsfahrt und vor Beginn des Probetriebes erfolgt in Anlehnung an § 4 Absatz 10 VOB/B mit den Losen 2, 3.1,3.2,4 und 5 eine Leistungsfeststellung der errichteten Anlage(-n). Mit der Leistungsfeststellung werden nachfolgende Vereinbarungen zwischen den Partnern getroffen:

Die in der Niederschrift aufgeführte Leistung wird durch den AG ab dem Termin der Ingebrauchnahme bis zur förmlichen Abnahme vorab für den Zweck der Durchführung des Probetriebes in Benutzung genommen. Die Benutzung erfolgt für den AG kostenfrei, das heißt es ist kein Nutzungsentgelt vereinbart. Die Benutzung zieht keine Abnahme der Leistung beziehungsweise des Teiles der Leistung entsprechend VOB/B § 12 Absatz 5 nach sich. Zur vereinbarten und noch ausstehenden förmlichen Abnahme wird der AN nach Bestehen der erforderlichen Voraussetzungen, hierzu zählt insbesondere der erfolgreich abgeschlossene Probetrieb, den AG fristgemäß einladen. Mit der Ingebrauchnahme geht die Gefahrtragung für die in Betrieb genommene(-n) Anlage(-nteile) nicht auf den AG über, auch beginnt die Verjährungsfrist für Mängelansprüche nicht.

10.24 f 2 Ingebrauchnahme der errichteten Anlage vor förmlicher Abnahme zum Zweck der Aufnahme der Versorgung beziehungsweise des regulären Betriebes

Nach erfolgreicher Funktionsprobe erfolgt in Anlehnung an § 4 Absatz 10 VOB/B eine Leistungsfeststellung der errichteten Anlage(-n). Mit der Leistungsfeststellung werden nachfolgende Vereinbarungen zwischen den Partnern getroffen:

Die in der Niederschrift aufgeführte Leistung wird durch den AG ab dem Termin der Ingebrauchnahme bis zur förmlichen Abnahme vorab für den Zweck der Versorgung beziehungsweise des regulären Betriebes in Benutzung genommen. Die Benutzung erfolgt für den AG kostenfrei, das heißt es ist kein Nutzungsentgelt vereinbart. Die Benutzung zieht keine Abnahme der Leistung beziehungsweise des Teiles der Leistung entsprechend VOB/B § 12 Absatz 5 nach sich. Zur vereinbarten und noch ausstehenden förmlichen Abnahme wird der AN nach Bestehen der erforderlichen Voraussetzungen den AG fristgemäß einladen. Mit der Ingebrauchnahme geht die Gefahrtragung für die in Betrieb genommene(-n) Anlage(-nteile) auf den AG über, jedoch beginnt die Verjährungsfrist für Mängelansprüche nicht.

10.24 g Einweisung des Auftraggebers in die Anlage

Vor Beginn des Probetriebes mit Netzabgabe wird das Personal des AG nachweislich durch die AN der Lose 2, 3,4 und 5 in die errichtete(-n) Anlage(-n) eingewiesen. Die Einweisung am Prozessleitsystem erfolgt gemeinsam mit den AN Lose 2 bis 5 und der Ingenieurbüros Lose 2 bis 5.

10.24 h Probetrieb

Nach erfolgreicher Leistungsfahrt und Einweisung des Personals des AG erfolgt der Beginn des Probetriebes mit Netzabgabe (Dauer des Probetriebes ist in LV-Position 3.014.250 vorgegeben).

Den Probetrieb führt der AG selbst durch, in dem er die Anlage unter Normalbedingungen fährt. Die AN stehen in Rufbereitschaft für die Zeit des Probetriebes. Eine Teilnahme am Probetrieb wird allen AN eingeräumt. Alle Störungen und deren Behebungen, die der AN des jeweiligen Loses durchzuführen hat, werden durch das Ingenieurbüro des jeweils betroffenen Loses dokumentiert. Nach Behebung der Störung durch den AN beginnt der Probetrieb jeweils für das betroffene Los erneut von vorn. Die förmliche Abnahme erfolgt durch den AG erst nach erfolgreichem Probetrieb.

10.25 Beauftragung von Nachauftragnehmern

Eine Beauftragung von weiteren zu den im Angebot des AN benannten Nachunternehmerleistungen ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Sollte der AN dennoch weitere vertragliche Leistungen auf dritte Unternehmen übertragen wollen, so bedarf dies der vorherigen ausdrücklichen und schriftlichen Zustimmung des AG. Der AG ist berechtigt, diese Zustimmung zu verweigern.

Der AN ist verpflichtet, vor Beauftragung von Nachunternehmern, die Zustimmung des AG einzuholen. Dem AG steht dabei das Recht der Ablehnung zu, insbesondere wenn der Beauftragung des vom AN benannten Unternehmens wichtige Gründe entgegenstehen.

Im Falle der Beauftragung von Nachunternehmern durch den AN muss er sich das Handeln des Unternehmers wie das eines Erfüllungsgehilfen zurechnen lassen.

Der AN wird bei Beauftragung eines Nachunternehmers nicht von seiner Leistungspflicht frei, insbesondere muss der benannte Verantwortliche des AN während der Leistungserbringung vor Ort auf der Baustelle sein. Sollte er ausnahmsweise verhindert sein, so muss er für den AG dennoch erreichbar sein oder einen vertretungsberechtigten und handlungsbefugten Vertreter benennen.

10.26 Abnahme

Zur Abnahme gelangen grundsätzlich nur die vereinbarten, funktionsbedingt zusammenhängenden Leistungen laut Vertrag. Das Verlangen zur Abnahme kann vom AN frühestens mit der Fertigstellung der Leistung schriftlich an den AG gerichtet werden. Der AG hat die Abnahme der Leistung dann binnen 12 Werktagen durchzuführen (vergleiche auch VOB/B § 12). Eine andere Frist kann vereinbart werden.

Leistungsfeststellungen gemäß § 4 Absatz 10 VOB/B bewirken keinen Gefahrenübergang. Die Abnahme hat grundsätzlich durch den AG und förmlich (protokollarisch) zu erfolgen. Die Abnahme ist folgendermaßen geregelt:

- a) VOB (Bauleistungen): Mit dem Tag der Abnahme erfolgt der Gefahrenübergang und auch der Beginn der Frist für die Verjährung der Mängelansprüche.
- b) VOB (Ausrüstungen): Es erfolgt eine Leistungsfeststellung gemäß § 4 Absatz 10 VOB/B vor Beginn des Probetriebes. Nach erfolgreichem Abschluss des Probetriebes erfolgt die Abnahme mit Gefahrenübergang und Beginn der Frist für die Verjährung der Mängelansprüche.

Für die Erstellung der Bestandsdokumentation ist die den Vergabeunterlagen beiliegende Einmess- und Zeichenvorschrift der TFW maßgeblich. Vier Wochen vor dem Abnahmetermin hat der AN einen Vorabzug der Bestandsdokumentation an den AG zur Prüfung zu übergeben.

10.27 Beräumung

Der AN verpflichtet sich, die Baustelle innerhalb von 14 Tagen nach Abnahme ordnungsgemäß zu räumen.

10.28 Zahlungsplan

Der AN hat spätestens 18 Werktage nach Auftragserteilung gemeinsam mit dem Bauzeitenplan einen Zahlungsplan, aufgeschlüsselt nach Monaten mit Angaben der Bruttobeträge, beim AG abzugeben.

10.29 Überzahlungen

Der AN verpflichtet sich, alle durch Prüfümter festgestellten Überzahlungen auch nach Ablauf der Frist für Mängelansprüche an den AG unverzüglich zurückzuzahlen.

10.30 Abtretungen

Abtretungen sind nur nach vorheriger Zustimmung des AG gestattet.

10.31 Bürgschaften allgemein

Die Bürgschaft ist über den Gesamtbetrag der Sicherheit in nur **EINER** Urkunde zu stellen.

10.32 Sicherheit Vertragserfüllung

Die Bürgschaftsurkunde nach Formblatt Vertragserfüllungsbürgschaft 421 oder der Einbehalt wird erst nach Abnahme und Stellung der Sicherheit für Mängelansprüche zurückgegeben, es sei denn, dass Ansprüche des AG, die nicht von der gestellten Sicherheit für Mängelansprüche umfasst sind, noch

nicht erfüllt sind. Hier kommen nicht erledigte vertragliche Schadensersatzansprüche aus der Zeit der Vertragserfüllung in Betracht. Dann wird die vom AG auch für diese Vertragserfüllungsansprüche ein entsprechender Teil der Sicherheit für die noch nicht erledigten Ansprüche zurückgehalten.

10.33 Abschlagszahlungs-/Vorauszahlungsbürgschaft

Die Urkunde über die Abschlagszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Stoffe und Bauteile, für die Sicherheit geleistet worden ist, eingebaut sind.

Die Urkunde über die Vorauszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Vorauszahlung auf fällige Zahlungen angerechnet worden ist.

10.34 Regelungen zu Mängelansprüchen

a) Verjährungsfrist für Mängelansprüche

- Für Bauleistungen (VOB) gelten die Verjährungsfristen für Mängelansprüche nach § 634 a Absatz 1 BGB.

a) für Bauleistungen außer Buchstabe b 5 Jahre

b) für Teile von maschinellen und elektrotechnischen/elektronischen Anlagen, bei denen die Wartung Einfluss auf die Sicherheit und Funktionssicherheit hat 2 Jahre

Diese Anlagenteile sind im Leistungsumfang folgender Leistungsverzeichnispositionen enthalten:

LV.-Pos.: 3.014.091 - Elektrischer Stellantrieb für Flanschklappe DN 700 PN 16

LV.-Pos.: 3.014.100 - Elektrischer Stellantrieb für Absperrschieber DN 300 PN 16

b) Höhe der zu leistenden Sicherheit für Mängelansprüche

Die für Mängelansprüche zu leistende Sicherheit beträgt 3 von Hundert der Abrechnungssumme brutto einschließlich erteilter Nachträge, sofern die Abrechnungssumme netto mindestens 250.000 Euro beträgt.

c) Rückgabe Mängelansprüchebürgschaft

Der Rückgabezeitpunkt für die nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche ist der Ablauf für Verjährungsfristen für Mängelansprüche (§ 634 a Absatz 1 BGB).

10.35 Rechnungen

- a) Alle Rechnungen sind im „PDF“-Format per E-Mail an die Thüringer Fernwasserversorgung (E-Mail: Rechnung@thueringer-fernwasser.de) einzureichen.

Die notwendigen Rechnungsunterlagen, wie beispielsweise Mengenerhebungen, Handskizzen und Abrechnungszeichnungen, sind einfach und zusätzlich im DA11-Format einzureichen.

Bei Pauschalverträgen ist der Leistungsstand anhand der Hauptpositionen (Leistungstitel) des Hauptleistungsverzeichnisses prozentual in allen Rechnungen auszuweisen.

- b) Der Übermittlung von Rechnungen im „PDF“-Format im Sinne § 14 Absatz 1 des Umsatzsteuergesetzes stimmt die Thüringer Fernwasserversorgung

☒ zu.

☐ nicht zu.

- 10.36** Dem AG stehen die Urheberrechte für bildliche Darstellungen (Foto und Film) für das Baustellengeschehen uneingeschränkt und alleinig zu.

Firmeninterne Verwendungen der AN sind möglich, jedoch bedürfen Veröffentlichungen der vertraglichen Regelung mit dem AG.

10.37 Urkalkulationen

Der AN hat auf Verlangen des AG die Urkalkulation zu dem vom AG bestimmten Zeitpunkt vorzulegen. Dies gilt auch für Nachunternehmerleistungen.

10.38 Betriebshaftpflichtversicherung

Zur Sicherung möglicher Ersatzansprüche des AG ist ab einer Auftragssumme von 150.000 Euro netto durch den AN eine Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen und der Nachweis (aktuelle Versicherungspolice) vorzulegen.

Erforderliche Kategorie: **Kategorie I.**

| Kategorie | | |
|--|---|---|
| I | II | |
| Tiefbau, Technologie/ Rohrleitungsbau, Dach | Hochbau, Trockenbau, Innenausbau, EMSR, PLT | |
| Versicherungssummen | | |
| 7,5 Mio. Euro | 5,0 Mio. Euro | für Personen- und Sachschäden |
| 0,25 Mio. Euro | 0,1 Mio. Euro | für Vermögensschäden |
| 0,5 Mio. Euro | 0,25 Mio. Euro | für Bearbeitungs- beziehungsweise Tätigkeitsschäden |
| 7,5 Mio. Euro | 5,0 Mio. Euro | für Umwelt(-haftpflicht)-schäden (UmweltHG) |
| 1,0 Mio. Euro | 1,0 Mio. Euro | für Umweltschäden (USchadG) |

Der AN ist verpflichtet, den AG unverzüglich zu benachrichtigen, wenn bis zur vollständigen Leistungserbringung durch den AN die Betriebshaftpflichtversicherung gekündigt oder sonst erheblich eingeschränkt wird.

– Ende der „Weiteren besonderen Vertragsbedingungen“ –